

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

106 (8.5.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postschalter monatl. 1,80 M., vierteljährl. 5,00 M., zugew. durch unsere Träger monatl. 1,40 M., vierteljährl. 4,20 M.; durch die Post 1,44 M. bezw. 4,32 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/21 und 2-1/26 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleile od. deren Raum 25 A., zugew. 80 % Zeilenzugew. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/29 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Ueberreichung des Friedensvertrages.

Verailles, 7. Mai. Die Ueberreichung des Friedensvertrages im Trianon-Palast vollzog sich ohne Zwischenfall.

Clemenceau erklärte, die Stunde zur Regelung der durch den grausam ausgeführten Krieg entstandenen Abrechnung sei gekommen. Sie verlangte den Frieden. Wir sind bereit, ihn zu gewähren. Das Buch, das Ihnen überreicht wird, enthält seine Bedingungen. Wir werden Ihnen die nötige Zeit lassen, die die internationale Gerechtigkeit gebietet, um sie zu prüfen, werden aber dafür sorgen, daß auf diesen zweiten Verfaller Frieden kein weiterer Krieg folgt.

Hierauf gab Clemenceau den Inhalt der Fragen bekannt, auf die innerhalb 14 Tagen schriftliche Antwort gegeben werden soll. Ergebe von deutscher Seite schon früher Bescheid, so werde auch die Entente schleunige Gegenantwort erteilen, um binnen einer weiteren Frist die endgültige schriftliche Entscheidung dann von deutscher Seite zu erwarten.

Graf Brockdorff-Ransau verlas eine längere Erklärung in deutscher Sprache. Diese hatte folgenden Wortlaut:

Meine Herren! Wir sind tief durchdrungen von der erhabenen Aufgabe, die uns mit Ihnen zusammengeführt hat, der Welt rasch einen dauernden Frieden zu geben. Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grund unserer Ohnmacht. Wir wägen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen die Wucht des Hasses, der uns hier entgegensteht und wir haben die leidenschaftliche Forderung gehört, daß die Sieger uns zugleich als überwunden gähnen lassen und als Schuldige bestrafen wollen. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die Kleinsten unter den Nationen anerkennen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. Wir sind fern davon, jede Verantwortung dafür, daß es zu diesem Weltkriege kam und daß er so geführt wurde, von Deutschland abzuwälzen. Die Haltung der früheren deutschen Regierung auf der Haager Friedenskonferenz, ihre Verhandlungen und Unterlassungen in den tragischen 12 Julitagen, mühen zu dem Unheil beigetragen haben, aber wir beklagen uns nicht darüber, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist. Keiner von uns wird behaupten wollen, daß das Unheil seinen Lauf in dem verhängnisvollen Augenblick begann, als der thronstürzende Kaiser den Mordbefehl zum Tode gab. In den letzten 50 Jahren hat der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage vergiftet. Die Politik der Expansion, der Expansion und der Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker hat zu der Krankheit Europas beigetragen, die im Weltkriege ihre Kräfte erschöpfte. Die russische Revolution nahm den Staatsmännern die Möglichkeit der Rettung und gab die Entscheidung in die Hände der militärischen Gewalten.

Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Hauptpersonen der Tragödie zu Worte kommen, der alle Archive geöffnet werden. Wir haben eine solche Untersuchung gefordert und wir wiederholen diese Forderung. Bei dieser Konferenz, wo wir allein ohne Bundesgenossen der großen Zahl unserer Gegner gegenüberstehen, sind wir nicht schuldig. Sie selbst haben uns einen Bundesgenossen zugesichert: das Recht, das uns durch den Vertrag über die Friedensgrundlagen gewährleistet werden soll. Die alliierten und assoziierten Mächte, die in der Zeit zwischen dem 5. Oktober und dem 5. November 1918 auf den Machtfrieden verzichteten und den Frieden der Gerechtigkeit auf ihr Banner geschrieben haben. Am 5. Oktober 1918 hat die deutsche Regierung die Grundbedingungen des Friedens vorgeschlagen. Am 5. November hat der Staatssekretär Lansing erklärt, daß die alliierten und assoziierten Mächte mit dieser Basis unter zwei bestimmten Abwechslungen einverstanden seien. Die Grundzüge des Präsidenten Wilson sind also für beide Kriegsparteien, für Sie wie für uns, und auch für unsere früheren Bundesgenossen verbindend geworden.

Die einzelnen Grundzüge fordern von uns schwere nationale und wirtschaftliche Opfer, aber die heiligen Grundrechte aller Völker sind durch diesen Vertrag geschützt. Das Gewissen der Welt steht hinter ihm. Keine Nation wird sie ungestraft verletzen dürfen. Sie werden uns bereit finden, auf dieser Grundlage den Vorarbeiten, den Sie uns vorlegen, mit der festen Absicht zu prüfen, in gemeinsamer Arbeit mit Ihnen Herrliches wieder aufzubauen, gezeichnetes Unrecht, in erster Linie das Unrecht an Belgien, wieder gutzumachen und der Menschheit neue Ziele, politische wie soziale Fortschritte zu zeigen.

Als erstes Ziel betrachte ich den Wiederaufbau der von uns besetzten und durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Die Verpflichtung hierzu haben wir seitlich übernommen und wir sind entschlossen, dies in dem Umfange auszuführen, der zwischen uns vereinbart ist. Wir können das Wert nicht ohne die technische und finanzielle Beteiligung der Sieger vollenden. Sie können es nur mit uns durchführen. Das verarmte Europa muß wünschen, daß der Wiederaufbau mit so großem Erfolg und so wenig Aufwand wie möglich durchgeführt wird. Der Wunsch kann nur durch eine klare und gemeinschaftliche Verständigung über die besten Methoden erfüllt werden. Die schlaueste Methode wäre, die Arbeiten durch deutsche Kriegsgenossen zu besorgen zu lassen. Gewiß, diese Arbeit ist bitter, aber sie käme der Welt teuer zu stehen, wenn das und die Verweigerung das deutsche Volk darüber ergreifen würde, daß seine gefangenen Schwärme, Brüder und Väter über den Kopf eben hinaus in die höchsten Fronten weite schmaden. Ohne eine sofortige Lösung dieser Aufgabe verdrängten wir nicht zu einem dauernden Frieden gelangen.

Unsere beiderseitigen Sachverständigen werden zu prüfen haben, wie das deutsche Volk seiner finanziellen Entschädigungspflicht Genüge leisten kann, ohne unter der schweren Last zusammenzubrechen.

Meine Herren! Der erhabene Gedanke, aus dem furchtbaren Unheil der Weltgeschichte durch ein Bülterbünd den größten Fortschritt der Menschheitsentwicklung herzuleiten, ist anderswoher und wird sich durchsetzen. Nur wenn die Tore zum Bülterbünd sich allen Nationen öffnen, die guten Willens sind, wird das Ziel erreicht werden, nur dann sind die Toten dieses Krieges nicht umsonst gestorben.

Das deutsche Volk ist ehrlich bereit, sich mit seiner schweren Lage abzufinden, wenn an den vereinten Grundlagen des Friedens nicht gerüttelt wird. Ein Frieden, der nicht im Namen des Rechts vor der Welt verhandelt werden kann, würde immer neue Widerstände gegen sich aufwerfen. Niemand wäre in der Lage, ihn mit gutem Gewissen zu unterzeichnen, denn er wäre unerfüllbar. Niemand könnte für seine Ausführung die Gewähr, die in der Unterschrift liegen soll, übernehmen.

Wir werden das uns übergebene Dokument mit gutem Willen und in der Hoffnung prüfen, daß das Endergebnis unserer Zusammenkunft von uns allen geschildert werden kann.

Der Friedensvertrag.

Paris, 7. Mai. Der Friedensvertrag zerfällt in 15 Abschnitte. Der 1. enthält den Bülterbündungsvertrag, der 2. beschreibt die Grenzen Deutschlands, der 3. verpflichtet Deutschland, die durch den Frieden in Europa herbeigeführte politische Veränderung anzunehmen, errichtet Tschechoslowakei und Polen, revidiert die Grundlage der belgischen Souveränität und ändert die Grenzen Belgiens, errichtet neue Regierungssysteme in Luxemburg und im Saarbecken, gibt Elsaß-Lothringen an Frankreich zurück, stellt die Grundlage für die Regelung der schleswigischen Frage auf und verpflichtet Deutschland, die Unabhängigkeit Deutsch-Oesterreichs anzuerkennen.

Der 4. Abschnitt enthält einen allgemeinen Verzicht Deutschlands auf seine ausländischen Besitzungen und Rechte, stellt die internationale Anerkennung des britischen Protektorats in Ägypten fest und annulliert die Haager Sanktionen.

Der 5. befristet den Umfang der deutschen Armee und Flotte und schafft die Identifizierung in Deutschland als erster Schritt zur allgemeinen Abrüstung.

Der 6. regelt die Rückkehr der Kriegsgefangenen, der 7. handelt von den Verhaftungen und der Verhaftung und sieht ein gerichtliches Verfahren gegen Kaiser Wilhelm vor, der 8. handelt von der Schadenergütung und Wiedergutmachung und enthält besondere Bestimmungen über die Rückgabe der Trophäen aus früheren Kriegen, der 9. enthält finanzielle Ausführungsbestimmungen, der 10. die wirtschaftlichen Bestimmungen, und fest die internationalen internationalen Verträge und Konventionen wieder in Kraft, der 11. befaßt sich mit der Luftschifffahrt, der 12. regelt die internationale Kontrolle von Häfen, Klüffen und Eisenbahnen mit besonderen Bestimmungen für den Kaiserkanal, der 13. enthält das Arbeiterabkommen, der 14. bestimmt die Garantien für die Durchführbarkeit, die Fortdauer der militärischen Besetzung des französischen Gebietes, der 15. bringt noch eine Reihe von Klauseln über die Anerkennung anderer, in der Folge abgehandelter Verträge, die Bestätigung der preisgerichtlichen Entscheidungen usw.

Der 16. London, 7. Mai. „Daily Telegraph“ meldet aus Paris, daß gemäß den finanziellen Bedingungen des Friedensvertrages der gesamte bestehende oder potentielle Reichtum Deutschlands den Alliierten als Entschädigung verpfändet wird. Jedes deutsche Schiff über 1000 Tonnen wird beschlagnahmt. Die Hälfte der Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen und ein Viertel der deutschen Fischereiflotte müssen innerhalb zweier Monate ausgeliefert werden und die deutschen Schiffswerften müssen zum Nutzen der Alliierten arbeiten.

Verailles.

Paris, 7. Mai. Gestern hatten die drei Regierungschefs eine Besprechung bei Wilson. Um 3 Uhr nachmittags versammelten sich die Friedenskonferenzen zu einer Plenarsitzung, in deren Verlauf die Bestimmungen der Friedenspräliminarien mitgeteilt und von ihnen geprüft wurden. Vor dem Durchbruch hielt sich die ganze Zeit über eine gewaltige Menschenmenge auf. Ein Automobil brachte die Exemplare des Ausgusses aus dem Vertrage, der heute mitgeteilt werden soll. Die Wirtschaftskommission tagte gestern nachmittags in weiterer Sitzung im Trianonpalast in Versailles. Zuvor wird in der heutigen Plenarsitzung durch Orlando, Sonnino und Cressy vertreten sein. Nach der Ansprache Clemenceaus und der Erwiderung des Grafen Brockdorff-Ransau wird Dulesta dem Grafen Brockdorff-Ransau ein Exemplar des Friedensvertrages überreichen. Weitere Exemplare werden den deutschen Bevollmächtigten auf ihre Verlangen zu gestellt werden.

Paris, 7. Mai. In der gestrigen Geheimnisung für die Friedenskonferenz, auf der Italien vertreten war, machten die Vertreter einiger Mächte Bemerkungen zu dem Friedensvertrag, doch wurde kein Vorhalt erhoben. Marshall Foch hielt eine Rede, in der er erklärte, daß die Frankreich gewährten Sicherheiten von militärischem Standpunkte aus ungenügend seien. Nach seiner persönlichen Überzeugung sollte der Friedensvertrag nicht unterzeichnet werden. Er legte Nachdruck auf die Notwendigkeit, daß die Franzosen die Brückenköpfe am Rhein besetzen.

Die Bedingungen siehe 4. Seite.

Gemeindewahl u. Bevölkerungspolitik.

Von Adele Schreiber.

Die alten Lehren der Bevölkerungspolitik, ausgehend von gedankenloser Ueberhäufung der bloßen Zahl, von militärischem Wuchstum unter völliger Hintanhaltung des Frauenwillens und Frauenfühlers, sind von der Revolution hinweggefegt.

Das Reich hat die Grundlagen neuer Bevölkerungspolitik zu schaffen durch großzügige Staatsgesetze, dank deren die Freude an der Elternschaft erblühen kann, unter sorgfältiger Schonung von Mutterkraft und Kindesleben — dieser kostbaren Güter, mit denen das freie System ununterbrochene Verdrängung trieb. Der Gemeinde fallen für die Durchführung der sozialpolitischen und pflanzlichen Maßnahmen wichtige Aufgaben zu, in wenigen Jahren können sie nur angeordnet werden. — Die Grundbedingung gesunder Bevölkerungspolitik, die Lösung der Wohnungsfrage, läßt sich nur auf neuem Wege erreichen, denn die enormen Kostensteigerungen für Materialien, Löhne, Kohlen usw. bedingen für den einzelnen Mieter wie Vermieter, eine Zwangslage, in der es keine billigen Wohnungen geben kann. Nur uneigennütziges Zusammenwirken aller Kräfte auf der Basis des Gemeinwohlgefühls, gerechteste Lastenverteilung, Ausgleich zwischen Wohnungsluxus und Wohnungselend, Schaffung eines richtigen Verhältnisses zwischen Einkommen und Miete, Ausnutzung neuer technischer Ideen, etwa Stufenhäuser und dergleichen kann der Familie geben, was sie braucht — Raum, Licht und Luft! Der Haushalt der Arbeiterfrau ist durch technische Erfindungen zu erleichtern. — Erparnis an Frauenkraft und Zeit kommt der Volksgesundheit, der Kinderpflege, damit der Bevölkerungspolitik zugute. Die „Heiligkeit der Familie“ braucht Ruhe und Abgeschlossenheit, hier geht es nicht um Form, sondern um Wesen der Ehe. Wer es damit ehrlich meint, muß das traurige Schlafstellenwesen mit seinen störenden Schreien bekämpfen, den Kleinkindenden Seime bauen, in denen sie des Daseins froh werden können.

Im Mittelpunkt der neuen Gemeindepolitik steht das Wohl von Mutter und Kind. Der alte Staat hätte sich nach Kindern und doch überließ er ihren Schutz Vereinen, die, angewiesen auf private Wohltätigkeit, bei allem guten Willen unzulänglich sein mußten. Noch bleibt ein ganzes Netz kommunaler Einrichtungen in ausreichender Zahl zu schaffen, die von der Sozialdemokratie gefordert werden: — Krippe und Kindergarten, Hort und Schulpflege, Spielplätze und Erholungsstätten, Seime für Schwangere, Wöchnerinnen und Gemeinnde. Es kann kaum genug gelobt werden, um der Frau ihre dreifache Last als Arbeiterin, Hausfrau und Mutter tragen zu helfen. Furchtbare Jahre der Arbeit und Entbehrung haben in der Heimat Frauen- und Kinderkraft aufgebraucht, ebenso wie draußen die grauenhaften Kriegsvorfälle Leben und Gesundheit der Männer. Die Mütter, die Trägerinnen der Volkszukunft, bedürfen verwickelterer Schutzes. Wo blüht die vielgepriesene Achtung vor der Mutterkraft, als die alte Gesellschaft es täuschlich zuleist, daß Mütter unmittelbar vor der Geburt ihres Kindes von Anstalt zu Anstalt, von Tür zu Tür gewiesen wurden, weil bürokratische Bestimmungen die Aufnahme verwehrten? Wie oft mußten sie, gleich Beklerinnen, ein Obdach suchen für die ärmere Stunde! Die Würde der Mutterkraft galt bisher nicht als Freibrief, der Anrecht auf eine freie Stätte gab. Die neue Gemeinde, erfüllt von sozialistischem Geist, soll bewirken, daß Mutterkraft weder Sorge für die Ehefrau, noch bittere Not und Schande für die Unterbesoldete bedeutet. Gerade den bisherigen Mätern der Volksgemeinschaft müssen moralisch von und nach der Verbindung kommunale Schwangeren- und Mütterheime offenstehen, sowie Heime, wenn sie es wollen, größere und kleinere Heimstätten und Hospizgesellschaften, wo sie gemeinsam mit ihrem Kinde leben und arbeiten können, als achtete, nützliche Mitglieder der Gemeindepolitik. Aus der Sonderstellung erlöst, dürfen auch die Ratlosen künftig keine Schattenkinder mehr sein — sie werden als Gleichberechtigte heranzuziehen, in der nach Möglichkeiten abzustufen Einheitschule, die von der Sozialdemokratie für alle Kinder des Volkes gefordert wird. Sie werden teilhaben an der umfassenden Jugendfürsorge und Ausbildung, die als Ergänzung der Schule individuell den Geunden und Begabten ebenso gerecht wird, wie den Kränklichen, Abnormen und geistig Schwachen.

Nebst geindepolitischen Vorbeugungsmaßnahmen im Dienste der Tuberkulosebekämpfung ist wertvolle Grundlage der Bevölkerungspolitik, ebenso bringt Arbeitsbeschaffung, ausreichende Wohnung, Erleichterung der Ehekündigung, gesunde aufklärerische Erziehung beider Geschlechter, eine Eindämmung der Prostitution. Damit eng verknüpft ist die Frage der Geschlechtskrankheiten, die durch unvorsichtige, unethische Behandlung und hygienische Belehrung ihrer schlimmsten Gefahren für Komplikation und Nachwuchs entleert werden müssen. Geborna der Lebenshaltung und der Prostitution, Schaffung reiner Kunst- und Erholungsstätten sind wirksame Maßnahmen gegen fernere Verarmung und Trunksucht. Auch sie dienen als unmittelbar der Bevölkerungspolitik, der Entlastung unserer Zukunft von flecken, entarteten Individuen, die niemand mehr eine Last für die Arbeit der Normalen, eine schwere Gewähr der Gesamtheit bilden.

Die Durchführung der Gemeindefragen verlangt die besten Gemeindevorsteher und einen großen Kreis geleiteter Sozialbeamten. Hier ist die Arbeit der Frau in weitestem Umfang unerlässlich als Vertreterin der Familieninteressen im Stadtparlament, als Wohnungs-, Jugend- und Säuglingsfürsorgerin, als Lehrerin, Ärztin und Schulfürsorgerin, in der Tätigkeit für die Verirrten und Gefährdeten, die Tuberkulösen und Alkoholkranken, die Mütter und Waisen.

Nur mit wenigen Strichen konnten hier sozialdemokratische Forderungen zur Bevölkerungspolitik skizziert werden. Wer hat alle, damit die Sozialdemokratie aus den kommenden Gemeindefragen stark genug hervorgehe, um ihr großes, umfassendes Programm zu verwirklichen, das die Grundfragen bietet, für die Erneuerung körperlicher und geistiger Volkskraft. Freilich bedarf dies großer Mittel; der Neubau kann auch nur errichtet werden auf dem Boden von Frieden und Ordnung, nicht inmitten von erbitterten Kämpfen, von Gewaltstreifen und Geheimpolitik. Jeder Tag der inneren Unruhe, der wilden Streiks, der unruhigen Steigerung unserer abendlichen verheerenden Arbeitslosigkeit verzehrt die wirtschaftlichen Mittel, aus denen die Zukunft von Mutter und Kind erbaut werden soll und kostet das Leben von Geborenen und Ungeborenen, Gesunde, glückliche Mütter, starke, frohe Kinder, ein wieder emporsteigendes Volk — wer darauf hofft, trete ein für die sozialdemokratische Partei und für ihre Lehre, daß Sozialismus Arbeit ist!

Badischer Landtag.

In der gestrigen Sitzung der badischen Nationalversammlung wurde der vierte Nachtrag zum Staatsvoranschlag, der 44 248 000 M. Ausgaben für die Eisenbahnbetriebsverwaltung zwecks Lohnverbesserungen der Eisenbahner vorsieht, behandelt. In längerer Ausführungen begründete Eisenbahnminister Dr. Wirth die Vorlage, die er als eine politische und soziale Maßnahme von großer Bedeutung bezeichnete, indem er gleichzeitig auf den Ernst unserer finanziellen Situation hinwies. Die verschiedenen Parteiredner erklärten ihre Zustimmung zur Vorlage, wobei Abgeordneter Genosse Flaig die verschiedenen Reformen des Tarifvertrages mit guter Selbstkenntnis besprach und auf die Bedeutung dieses Fortschrittes hinwies. Der Zentrumsabgeordnete Geurich benutzte die Gelegenheit, um in der ihm eigenen Demagogie gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen, womit er jedoch sehr schlecht ankam. In kurzer, wirkungsvoller Entgegnung zerlegte Abgeordneter Genosse M a r u m die merkwürdige Kampfesweise des christlichen Gewerkschaftssekretärs, indem er dessen Vorklagen die historische Wahrheit gegenüberstellte. Der gesamte Nachtragsetat wurde schließlich gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen angenommen, worauf sich das Haus bis Anfangs Juni vertagte.

Nichts gelernt und nichts verstanden. Dieses Wort gilt in hohem Maße von weiten Kreisen des deutschen Volkes und der politischen Führer der Reichsparteien. Während man mit ungläubigem Bedauern sehen muß, daß die Anhänger des äußersten Unrechts nicht im geringsten aus der Geschichte gelernt haben, daß politische Ereignisse in Revolutionen immer über die Anarchie zur Restauration führen, vertritt die Rechte bis heute in die Mittelparteien hinein, daß ihr die Entwicklung von der Ruhr und Eisenpolitik Bismarck über die Militärautokratie Preußens und dem Siegestaumel der Kriegsjahre bis zum Zusammenbruch immer noch ein Buch mit sieben Siegeln ist.

Anders läßt sich die provozierende Rede des Zentrumsabgeordneten Geurich in der gestrigen Kammerrede nicht erklären. Herr Geurich war klug genug, der Sozialdemokratie einen scharfen Vorwurf zu machen aus ihrer Feindschaft gegen Bismarck, jenem Manne, der durch seine Gewaltmethoden Deutschland in erster Linie die Feindschaft der Welt zuzog, woraus sich dann die Katastrophe teilweise ergab.

Wenn Geurich dann weiter dem glänzenden Stande unseres Volkvermögens vor dem Kriege nachtrauert, so begreifen wir dies völlig. Aber er muß sich dann fragen, warum wir dies nicht mehr besitzen, warum es zum Kriege kam? Herr Geurich muß sich der Miße unterziehen, die Zentrumspresse seiner näheren und weiteren Umgebung vom

Juli 1914 nachzulesen, worauf er vielleicht unterlassen wird, die Frage zu stellen, warum wir das Volkvermögen verloren haben.

Das Verdwinden der Autorität vor dem Gehebe entlockte schließlich Herrn Geurich weitere Bedauern. Auch hier müßte er sich fragen, woher dies kam. Bismarck würde er dann erkennen, daß Führern, die jahrelang das Volk an der Nase herumführten, das Vertrauen nur noch verlieren und daß speziell die vom Zentrum inaugurierte Politik vor und während des Krieges danach angetan war, dieses Vertrauen zu verzerren. Neben, wie Herr Geurich sie feiern hielt, sind wahrlich aber auch nicht dazu angetan, verlorenes Vertrauen wieder zu gewinnen.

Herr Dr. Schöfer, der während des großen Teiles der Rede des Herrn Geurich abwesend war, befand sich daher im gründlichen Irrtum, wenn er meinte, diese hätte die Debatte vertieft. Gewiß lassen sich zur gestrigen Sitzung höhere Gesichtspunkte beibringen als dies der Fall war. In welcher Art dies geschehen müßte, zeigen die vorzüglichen Anmerkungen des Abgeordneten M a r u m und sozialverantworte Ausführungen des Ministerialrats Dr. Wirth. Mit Neben, wie sie Herr Geurich hielt, wird jedoch nur erreicht, daß der vorbildliche Ausbau des badischen Staatslebens den Methoden des Nordens Platz macht.

gr. Karlsruhe, 7. Mai.

24. öffentliche Sitzung.

Tarif der Eisenbahner.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Im Eingang befindet sich ein Antrag der Frau Kautz (Soz.) u. Gen. auf Neuorganisation der Kommunalverbände.

Vom Arbeitsministerium liegt ein Schreiben vor, das sich bezieht auf die Interpellation vom betr. Verordnungsamt mit elektrischer Energie zu beantworten. Was die Verordnungsamt mit elektrischer Energie betrifft, so kommt beim Mittelstand unmittelbar der Staat in Betracht, der den Ausbau des Verkehrsnetzes auf sich zu nehmen hat, beim Kreise Mosbach ist man bereits zur Bildung eines genossenschaftlichen Gemeindeverbandes übergegangen, der den Bau einer Leitung in Angriff nimmt; bei der elektrischen Energieversorgung von Meßkirch-Heidelberg-Bühlendorf ist die Lösung mit großen Schwierigkeiten verbunden; am ehesten käme nach der Anschluß an Kaufsburg an die Rhein-Elbenerweiterung in Betracht. Die Regierung wird die Frage weiter verfolgen, wenn auch durch das Reichsgericht gewisse Bemerkungen gebildet werden. Die Interpellation selbst ist damit erledigt.

Vom Abg. Weßhaupt (Ztr.) ist ein Antrag auf ein Schlichtungsverfahren auf Säuber und Rinder eingelaufen.

Als 1. Punkt der Tagesordnung wird der 4. Nachtrag zum Staatsvoranschlag behandelt, über den

Abg. Gähring (Dem.) namens der Kommission berichtet. Der neue Tarifvertrag ist abgeschlossen am 1. März 1919 und läuft bis 31. Februar 1920. Auch in den Arbeiterverbänden befindet man großes Verständnis. Der neue Tarifvertrag bringt eine Reihe Verbesserungen für die Arbeiter. Vor allem wird der Lohn erhöht. Die Vorlage beantragt 44 248 000 M. Die Entscheidung fiel dem Ausschusse sehr schwer, weil dem Lande eine Auflage gemacht wird, für die keine Deckung da ist. Der Artikel in der „Landeszeitung“ war nicht der richtige Weg, um sich auf diese Weise mit der Regierung und der Nationalversammlung auseinanderzusetzen, denn die Regierung hat den festen Willen zu helfen wo sie kann. Der Landtag muß genau erkennen, ob es möglich ist, solche Mengen zu gewähren. Jetzt sind wir an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit. Der Ausschuss stellt den Antrag (1) dem Nachtrag die Zustimmung zu erteilen. Weiter stellt der Ausschuss den 2. Antrag, folgender Resolution die Zustimmung zu erteilen:

Das Finanzministerium und die Generaldirektion werden ermächtigt und erwidert, bis zum 15. Mai d. J. den sämtlichen Arbeitern, auf welche der Tarifvertrag sich erstreckt, einen Vorstoß in Höhe von 1/10 eines Monatsverdienstes auf denjenigen Nachzahlungsgeld zu gewähren, welche die Arbeiter nach dem Tarifvertrag für die Zeit seit dem 1. März 1919 zu beanspruchen haben. Das Finanzministerium wird erwidert, alsbald dem Landtag eine Gesetzentwurf zur Genehmigung gegenüber den Lohnverbesserungen gewährt wird, welche die Eisenbahner durch den neuen Tarifvertrag erhalten.

Finanzminister Dr. Wirth

teilt mit, daß er wegen dieser wichtigen politischen Frage hat, den Landtag früher zusammenzurufen. Man sollte dem Staatsvor-

anschlag rasch zustimmen. Trauen wird man das Entgegenkommen zu würdigen wissen. Es wurde angeregt, die Vorläufe zu gewähren, ohne daß der Landtag seine Zustimmung gegeben hat. Ich verfolge jedoch den demokratischen Weg, nachdem wir nun die Demokratie haben. Es ist die Notlage, die zu diesen Erfolgen Anlaß gibt. Die Leute können mit den bisherigen Löhnen bei den heutigen Verhältnissen nicht mehr auskommen. Die Leute sollten allerdings mit dem Gelde nicht so umgehen wie gewisse Kriegsgewinnler. Die Politik des neuen Volkstaates war auf eine dauernde Besserstellung des Arbeiterstandes gerichtet. Diejenigen Arbeiter, die die jetzige Notlage ausnützen, um Papier zu sammeln, befinden sich im Irrtum. Auch in dieser Sache müssen wir für die Sünden des alten Systems. Gegenüber dem Abg. Gähring möchte ich sagen, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit bereits überschritten ist. Es ist völlig undenkbar, daß ein Gemeinwesen auf die Dauer solche Belastungen trägt. Wir müssen jedoch den Staatsbürgern das Existenzminimum zusichern. Die Finanzlage des Reiches, auf die ich im Zusammenhang mit den Ausführungen des Reichsministers Kaufsburg hinweisen will, läßt sich nicht weiter ausdenken. Wir kommen jetzt auf 23 Milliarden jährliche Belastung des deutschen Volkes, wozu noch die Ausgaben der Feinde kommen. Ich möchte auf die Konsequenzen dieser Erscheinungen aufmerksam machen. Wenn große Einkommen mit 1/2 zur Deckung beigezogen werden, so muß der Rest von den breitesten Schichten gedeckt werden. Denn wenn die gewaltige Vermögensabgabe erfolgt ist, wo bleiben dann die großen Einkommen? Es müssen dann die breiten Schichten an der Deckung mitwirken. Ich möchte damit auf den Ernst der Situation hinweisen. Nachdem der Tarifvertrag abgeschlossen ist, kann ich bis zum 1. März 1920 an keine Abänderung des Tarifvertrages herantreten. Damit siehe und falle ich als Minister. Aber, meine Herren, entziehen Sie sich nicht! Es sind mir bereits gestern wieder Abänderungsvorschläge gemacht worden, indem einzelne Kategorien weitere Zuschläge verlangten. Weitere Forderungen werden wir ablehnen und wenn einzelne Gruppen unzufrieden sind, so mögen sie den Weg des Streiks betreten. Im Vertrag steht, daß die Vertragschließenden ihren ganzen Einfluß auf Einhaltung des Vertrages geltend machen werden. Hieraus baue ich. Mit festen Organisationen kann man verhandeln. Deshalb fordern wir diejenigen Arbeiter auf, sich den Organisationen anzuschließen, mit denen wir stets verhandelt werden. Ohne Organisationen gehen wir an der Anarchie zugrunde. Wenn nicht der festerste Zustand zurückgedämmt wird, läßt sich unser Volk nicht aufheben. Auch der Streik hat seine Grenzen; die Politik der Gewalt hat jämmerlich Schiffbruch gelitten. Diese Grenzen des Streikes können auch bei den Beamten erreicht werden. Gegenüber dem Artikel der „Landeszeitung“ möchte ich sagen, daß wenn eine Regierung wegen Beamtenforderungen gehen muß, eine Regierung folgen wird, bei der die Beamten sehr leicht abzuscheiden. In der Beamtenfrage gibt es sehr unheimliche Führer, die im neuen Volkstaats als Beamtenführer nicht am Platze sind. Den Beamtenforderungen wurde Entgegenkommen, wobei ich auf die Dezemberbewältigung hinweisen möchte. Beim neuen Tarifvertrag kommen vor allem die Lohnverbesserungen und die sozialen Reformen in Betracht. Es freut mich, daß die Verbesserungen auf dem Wege der Unterhandlungen kamen. Besonders die Urlaubsgewährungen waren eine soziale Notwendigkeit. Wir wollen den Arbeitern und Beamten bereits in der Volkskraft ihrer Jahre namhaften Urlaub gewähren. Bedeutungslos ist auch die Frage des freien Samstagmittags. In Anbetracht der zahlreichen Reparaturen können wir ihn nicht auf einmal einführen. Aber wir bauen ihn allmählich ein. Ich denke, daß wir für alle Staatsarbeiter allmählich den freien Samstagmittag für erhalten. Verhängnisvoll ist es für uns, daß in Deutschland jeder Staat für sich vorgeht. Wir müssen in absehbarer Zeit, wenigstens für den Rahmen der Tarifverträge, zu einer einheitlichen Regelung fürs ganze Reich kommen. Der Tarifvertrag ist eine politische Frage. Wir wollen heute seinen Streik. Der Tarifvertrag ist aber auch ein sozialer Fortschritt. Wenn mit Tarifverträgen kein Frieden mit den Arbeitern erzielt werden kann, kann keiner mehr erzielt werden. Denn auch der sozialistische Staat braucht Tarifverträge.

Abg. Müller-Karlsruhe (Ztr.) weist auf die Bedeutung der Tarifverträge hin und erklärt seine Zustimmung zum Nachtragsvoranschlag. Es ist auf die Preissteigerung aller Bedarfsartikel hinzuweisen, denn die Preise der Bedarfsartikel sind nicht im Verhältnis zu den gewährten Löhnen, sondern um das Fünf- und Zwanzigfache gestiegen. Die Notlage der Arbeiter gilt auch für die Beamten.

Abg. Flaig (Soz.):

Die Vorlage ist wichtig wegen der sozialen Besserstellung eines großen Teiles unserer Bevölkerung. Es ist nicht richtig, daß die Eisenbahner die Revolution benötigen, um für sich große Vorteile herauszuschlagen. Der frühere Landtag und die frühere Regierung waren nie bereit, den Arbeitern das Mitbestimmungs-

Da ich endlich wieder auf Herrn Gerhards Grund und Boden war, verabschiedete ich mich sofort, noch nach dem Dorfe hinüberzureiten, welches seitwärts von der Fahrstraße hinterm Wald belegen ist. Denn ich gedachte, daß der Krüger Hans Lützen einen päpstlichen Handwagen habe; mit dem solle er morgen einen Boten in die Stadt schicken, um die Samburger Rufe für mich abzuholen; ich aber wollte nur an sein Kammerfenster klopfen, um ihm solches zu bestellen.

Also ritt ich am Abendtrande hin, die Augen fast bewirrt von den grünlichen Nebenschlüssen, die mit ihren vielerlei Dächern mich hier umflogen. Und schon ragete groß und finster die Kirche vor mir auf, in deren Mauern Herr Gerhards bei den Seinen ruht; ich hörte, wie im Turm wochen der Hammer ausholte, und von der Glocke scholl die Mitternacht ins Dorf hinunter. „Aber sie schlafen alle,“ sprach ich bei mir selber, „die Toten in der Kirche oder unter dem hohen Sternenhimmel beneben auf dem Kirchhof, die Lebenden noch unter den niedern Dächern, die dort stumm und dunkel vor die Kegen.“ So ritt ich weiter. Als ich jedoch an den Leich kam, von wo aus man Hans Lützens Krug gemahren kann, sah ich von dorten einen dunklen Nichtschein auf dem Weg hinausträhen, und Fiedeln und Klarinetten läkkelten mit entgegen.

(Fortsetzung folgt.)

Literatur.

Karl Kautz, Demokratie oder Diktatur. (Preis 2 Mk.) Wohin treiben wir? Steigt das Reich oder die Gewalt? Was ist das Recht und das ehrene Gesetz des Sozialismus? Niemals drängte die Stunde heftiger zur Klärung dieser Frage als heute, da der Streik um die Nationalversammlung die Geister immer mehr zu verwirren droht. Karl Kautz tritt unter Einsatz seiner theoretischen Führerschaft gegen jeden Abbau der demokratischen Ideale auf. Mit der ihm eigenen Klarheit und dem Schwung seiner Beweisführung, die sich auf Marx und Engels stützt, zerlegt er das Märchen von der allein seligmachenden Diktatur des Proletariats als Regierungsform. Kautz's Streiflicht ist berufen, der Räteidiotie aller wahrhaften und ehrlichen Sozialisten zu werden, und ist zugleich eine Werkbeschriftung für die wirklichen Ziele der deutschen Republik.

Aquis submersus.

Novelle von Theodor Storm.

Ich entgegnete, es sei ja eben die Kunst der edlen Malerei, nicht bloß die Abschrift des Angelegten zu geben. Aber schon mußte an unseren Augen oder Wangen ihr Sonderliches aufgefallen sein, denn ihre Blicke gingen während hin und wider. „Die Arbeit ist wohl bald am Ende?“ sagte sie dann mit ihrer höchsten Stimme. „Deine Augen haben tranken Glanz, Katharina; das lange Sitzen hat dir nicht wohl gebietet.“

Ich entgegnete, das Bild sei bald vollendet, nur an dem Gewande sei noch die und da zu schaffen.

„Nun, da braucht er wohl das Fräuleins Gegenwart nicht mehr dazu! — Komm, Katharina, dein Arm ist besser als der dumme Steden hier!“

Und so mußte ich von der dürren Alten meines Herzens halbseitig Kleinod mit entführen sehen, da ich es eben mir gewonnen glaubte; kaum daß die braunen Augen mir noch einen trüben Blick senden konnten.

Am andern Morgen, am Montage vor Johannis, trat ich meine Reife an. Auf einem Gaul, den Dieterich mir besorgt, trabte ich in der Frühe aus dem Thorweg; als ich durch die Rannen ritt, brach einer von des Junkers Hunden herfür und fuhr meinem Tiere nach den Fiedeln, wannschon selbiges aus ihrem eigenen Stalle war; aber der oben im Sattel saß, schien ihnen allezeit noch verdächtig. Kommen gleichwohl ohne Verflur davon, ich und der Gaul, und langeten abends bei guter Zeit in Hamburg an.

Am andern Vormittage machte ich mich auf und befand auch bald einen Schreiber, so der Bilderleihen viele Kritik hatte, daß man sie nur zusammenzustellen und in den Ecken die Bieraten daraufaufstehen brauchte. Wurden also handelseinige und verbrach der Meister, mir das alles wohl verpackt nachzuweisen. Nun war zwar in der berühmten Stadt vor einen Neubegehrigen gar vieles zu behaupten; so in der Schiffergesellschaft des Seeräubers Stöckelbecher silberner Vöcher, welcher das zweite Wahrzeichen der Stadt genennet wird, ohne den gesehen zu haben, wie es in einem Buche heißt, niemand kann dirie, daß er in Hamburga sei gewesen; sodann auch der Wunderfisch mit

eines Adlers richtigen Krallen und Fluchten, so eben um diese Zeit in der Elbe war gefangen worden und den die Hamburger, wie ich nachmalen hörte, auf einen Seefisch wider die künstlichen Krallen deuteten; allein, obgleich ein rechter Feind der solcherlei Selbstmitleiden nicht vorbegehen soll, so war doch mein Gemüt, beides, von Sorge und von Herzensleiden, allzu sehr beherrschet. Derohalben, nachdem ich bei einem Kaufherrn noch meinen Weg umgeleitet und in meiner Nachherbergen Rücksicht getroffen hatte, besiegte ich um Mittage wieder meinen Gaul und hatte allobald allen Kärmen des großen Hamburg hinter mir.

Am Nachmittag danach langete ich in Preetz an, meldete mich im Stille bei der hochwürdigen Dame und wurde auch alsbald vorgelesen. Ich erkannte in ihrer stattlichen Person allsofort die Schwägerin meines theueren seligen Herrn Gerhards; nur, wie es sich an unerschickten Frauen oftmals zeigt, waren die Züge des Antlitzes gleichwohl strenger als die des Bruders. Ich hatte, selbst nachdem ich Katharinen's Schreiben überreicht, ein lang und hart Träumen zu bestehen; dann aber verließ sie ihren Weiland und legte sich zu ihrem Schreibergeselle, ind' ich die Nacht mich in ein and' Zimmer lagern mußte, allwo man mich gar wohl bewirthete.

Es war schon spät am Nachmittage, da ich wieder fortritt; doch rechnete ich, obgleich mein Gaul die vielen Meilen hinter uns bereits verdrückte, noch gegen Mitternacht heim allein Dieterich anzuklopfen. — Das Schreiben, das die alte Dame mir für Katharinen mitgegeben, trug ich wohlbehalten in einem Lederläschlein unterm Ramie auf der Brust. So ritt ich über das in die aufsteigende Dämmerung hinein; gar bald an sie, die eine, nur gedendend und immer wieder mein Herz mit neuen lieblichen Gedanken ätzend.

Es war aber eine lauwarme Juninacht; von den dunkeln Feldern erhob sich der Rauch der Wisenblumen, aus den Knäuden blühten das Geißblatt; in Luft und Rauch ähnelte ungeheben das kleine Nachtgästel oder flag auch wohl turrend meinem knäuelnden Gaul an die Mittern; dröben aber an der blauewogenen ungeheuren Himmelshöhe über mir strahlte im Südwest das Sternbild des Schwanes in seiner unerbürten Herrlichkeit.

Aus der Partei.

Durlach, 7. Mai. Jugendausflug (Freie Jugend). Heute abend 1/8 Uhr findet im Lokal „Goldener Löwe“ ein Vortrag mit dem Thema „Mit Ausmaß und Wandelbarkeit“. Die Arbeitervereine werden gebeten, ihre Söhne und Töchter, die der Schule entlassen sind, in die Veranstaltung zu schicken.

m. Gagfeld. Samstag abend 8 Uhr findet im Gasthaus zur „Krone“ Versammlung des Sozialdem. Vereins statt. Da eine sehr wichtige Tagesordnung vorliegt, u. a. die Gemeindevahlen und Aufstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl vorzunehmen ist, so ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, zu erscheinen.

Rielingen, 8. Mai. Am morgigen Freitag abend 1/8 Uhr findet in der „Linde“ eine Mitgliederversammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung statt, zu der das Erscheinen aller Genossen dringend erforderlich ist.

Wanzenloch, Sozialdem. Verein. Montag, 12. Mai, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Schwanen“ Mitgliederversammlung statt, wozu auch Volkstreuenderer freundlich eingeladen sind. Wir bitten um pünktliches Erscheinen, da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen.

8. bad. Reichstagswahlkreis. Die mit dem letzten Quartal rückständigen Mitgliedschaften werden eruiert, daselbe sofort abzurechnen, da dieselben sonst als Restanten gebucht werden müssen. Der Kreisleiter Otto Eiler, Rielingen.

Baden-Baden, 6. Mai. Am morgigen Freitag, abends 8 Uhr, wird Gen. Vanter Karl Theodor Herrmann im Gartenhof des Kurhauses einen Vortrag halten über: „Staatsrecht und Staatsbankrott“. Die Genossen und Genossinnen werden eruiert, sich zu diesem Vortrag zahlreich einzufinden. Der Vortrag behandelt einen Gegenstand, dem seit dem furchtbaren Ausbruch der Kriegsjahre in allen Ländern das Interesse jedes politisch Denkenden gelten dürfte.

Arbeiter-Jugend. Die sechsten erschienenen Nr. 9 des ersten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Das Reich und die Jugendpflege. Von J. Bildung. — Der Deutschen erste Nationalversammlung. Von Otto König. — Wie ich den Völkern begegne. Von G. Wilmann. — Gg. Engelbert Graf: Mäpfler der älteren Elemente. (Mit Abbildungen.) — Das Mädel im Omnibus. — Demonstration. — Aus der Jugendbewegung. — Ausdruck! Gedicht von Max Barthel.

An unser Leser und Mitarbeiter!

Es müßten heute wie auch die letzten Tage schon eine ganze Reihe zum Teil sehr wichtiger Mitteilungen, namentlich vom Lande, aus den Gemeinden, zurückgestellt werden, da es unmöglich war, sie bei dem nachgerade unerschwinglich werdenden, durch die Papiernot bedingten Raummanoeuvres unterzubringen. Wir stellen fest, daß die Redaktion kein Verschulden trägt, möchten aber unseren Mitarbeitern von Lande dringend ans Herz legen, ihre Mitteilungen an uns so kurz wie möglich zu fassen, wir können dann eher die Gewähr geben, daß die Nachrichten ohne allzu große Verzögerung erscheinen.

Arbeiter-Sportbewegung.

Ein Geburtsstag der Naturfreunde.

Es war am 11. Mai 1900, als sich im Rest. „Zum Auerhahn“ in Karlsruhe einige von Idealismus durchdrungene Genossen zusammenfanden, um durch Gründung einer Ortsgruppe des L.N. „Die Naturfreunde“ auch der minderbemittelten Arbeiterschaft, Eingang und Verständnis in die endlos schöne Natur zu verschaffen. Es ist ihnen gelungen. Dem großen Elbe der Arbeiter-Sportbewegung ist ein weiteres angefügt worden, auf das die Mitglieder wahrlich stolz sein dürfen. Kaufenfähige Freizeit nach allen Seiten hat uns diese Bewegung schon erbracht. Der Verein ist deshalb wohl mehr denn je berechtigt, die zehnjährige Wiederkehr seiner Geburt festlich zu begehen. Er hält dieses Fest nicht innerhalb der Mauern der Stadt in einem überfüllten, mit Rauch und Dünsten durchschwängerten Saale ab, sondern will uns, seinen Tendenzen und Zielen entsprechend, am Sonntag, den 11. Mai d. J., hinausführen in die herrliche, freie Natur, um dort seine Feiertage zu begehen. Er lädt hierzu die gesamte Arbeiterschaft von Karlsruhe und Umgebung, sowie die benachbarten Ortsgruppen herzlich ein. Die Abfahrt erfolgt Sonntag früh 7,45 Uhr vom Albtalbühnen Bahnhof nach Wudenbach, von wo eine 1 1/2 stündige Wanderung nach dem Festplatz bei der Klostermauer Barabara Kapelle bei Langensteinbach angetreten wird. Dort wird die eigentliche Feiertage unter Mitwirkung der freien Turnerschaft, des Gejangvereins Typographia und des Musikvereins Harmonie abgehalten, wobei das Gründungsmitglied Arbeitsminister Gen. A. Müller die Festrede halten wird. Die Rückfahrt erfolgt ab Wudenbach 6,35 Uhr abends. Öffentlich ist auch der Wettergott den Naturfreunden hold gesinnt und verschleht seine Schwestern an diesem Tage, damit auch die weniger abgehärteten Naturfreunde und Teilnehmer die Wanderung mitmachen können. Um einen geregelten Abtransport am Sonntag früh zu ermöglichen, werden angesichts der großen Teilnehmerzahl im voraus Umtauschkarten für die Fahrt Karlsruhe-Wudenbach und zurück zum Preise von 1,20 M im Lokal Gambirushalle, bei Mitglied Gen. Hesselhaus, Papierhandlung, Schützenstraße, und bei den Ausführenden Mitgliedern bis Freitag abend ausgegeben. Der Umtausch gegen Fahrskarten erfolgt am Samstag von 4 Uhr ab im Lokal „Gambirushalle“ und eine Stunde vor Abgang auf dem Bahnsteig. Wer nicht im Besitze einer Umtauschkarte ist, muß sich Fahrskarten am Schalter lösen, was möglichst vermieden werden soll. Deshalb werden die Teilnehmer gebeten, diese Einrichtung recht zahlreich zu benutzen, damit wir auch gleichzeitig über die Teilnehmerzahl unterrichtet sind, um genügend Wagen einstellen lassen zu können. Drum auf! Am Sonntag früh zur zehnjährigen Gründungsfeier des L.N. „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Karlsruhe. W.—

Soziale Rundschau.

1. Durlach, 5. Mai. Eine freie Vereinigung, die den ganzen Amtsbezirk Durlach umfaßt, wurde in einer am 27. April im „Grünen Hof“ hier stattgefundenen Versammlung gegründet. Wie aus dem einleitenden Vortrag des Herrn Syndikus der Handwerkskammer Dr. Loh, hervorgeht, welche die Innungsmitglieder neben ordnungsgemäßer Arbeit und Ruhe, den 2. Tag der nächsten u. s. w. auf genossenschaftlicher Grundlage zu vereinen, eine gemeinsamen Kreislauf ausfinden. Es ist zu erwarten, wie schon diese Bestimmungen dazu beitragen könnten, das Submissionswesen auf andere Grundlagen zu stellen, oder wenigstens bessere Methoden der Arbeitsvergebung zu erziehen.

Rielingen, 4. Mai. Am Freitag abend sprach hier unter dem Vorsitz des Herrn S. Wagenheimer Gaukreisleiter Delpy aus Karlsruhe über die wirtschaftlichen Bedingungen der Kriegsbetroffenen, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Der Redner brachte zum Ausdruck, wie die durch den Krieg am meisten geschädigten Volksteile gefördert und ihnen geholfen werden kann. Die Ausführungen des Redners fanden großen Beifall. Im Anschluß daran wurde die Ortsgruppe

Rielingen des Reichsbundes der Kriegsbetroffenen, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen gegründet, der 36 Mitglieder, darunter eine Anzahl Kriegshinterbliebene, beitreten. s. Spät, 1. Mai. Heute wurde hier nach dem Vortrag des Herrn Hektor Geiß von Karlsruhe und unter Mitwirkung des Genossen Zeiß eine Genossenschaftliche Genossenschaft gegründet. Es liegt nun an der Gemeinde und den Bürgern, diesem neuen sozialen Werke zur Blüte zu verhelfen.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 8. Mai.

Ein Ausschuss für politische Wahlen hat sich hier gebildet. Er trat gestern abend im Rathsaal zum erstenmal an die Öffentlichkeit; es sprach der württembergische Landtagsabg. und Professor Dr. v. Lüne über das Thema: „Deutschlands Erneuerung“. Wir hatten nicht den Eindruck, daß die Vorschläge des Redners zur Klärung der jeweils im Vordergrund stehenden politischen Fragen beitragen könnten. Er wollte nämlich den Staat in einen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Teil aufgliedern. Die angebliche Notwendigkeit hierfür begründete er in 14 stündiger Rede.

In der Diskussion sprachen mehrere Herren und zwei Frauen. Erfreulicherweise lehnten die meisten von ihnen die Vorschläge des Redners ab. Warum auch wir sie ablehnen, das ergibt sich aus dem grundlegenden Prinzipien unseres Erklärungsprogramms. An sich zeigte aber der Abend, wie notwendig im allgemeinen politische Ausdrucks sind. Sie sollen, nach der Mitteilung des Leiters der Veranstaltung, von jetzt ab jeden Dienstag abend im Hause Leopoldplatz 7e stattfinden.

Die Bedeutung der Gemeindevahlen

wird in der morgigen Freitag abend 8 Uhr im „Friedrichshof“ stattfinden

Öffentliche Wählerversammlung

eingehend besprochen.

In Anbetracht der Wichtigkeit der bevorstehenden Gemeindevahlen darf erwartet werden, daß das Interesse an derselben seitens der Wählerinnen und Wähler durch starken Besuch der Versammlung zum Ausdruck kommt.

Wählerversammlung. Die deutsch-demokratische Partei veranstaltete gestern abend im Saale des „Friedrichshofes“ eine öffentliche Wählerversammlung, die nur schwach besucht war. Der Saal war nur etwa zur Hälfte, in der Mehrzahl von Frauen, besetzt und der erste Redner, Herr Stadtrat Geiß, gab seinem Antritt über den mangelhaften Besuch unvorhersehen Ausdruck. Im übrigen trug er die Forderungen des Programms seiner Partei vor, das neben mangelhafter früher veröffentlichter „radikaler“ Anleihen nicht viel Bemerkenswertes für uns enthält. Es ist im wesentlichen das alte Mittelstandsprogramm, das zwischen Sozialliberalismus und Sozialdemokratie der neuen Zeit hin- und herpendelt. Einen beachtenswerten Vortrag hielt hierauf Herr Stadtpfarrer Geiß 18 a. er. in welchem derselbe insbesondere Erziehungs- und Wohnungsfragen mit demokratischem Enthusiasmus im besten Sinne behandelte. Im übrigen verlief die Veranstaltung ziemlich stimmunglos.

Verein Arbeiter-Jugend (Frei Jugend). Heute abend wird Gen. A. Schütze, Mitglied des Turnvereins „Die Naturfreunde“, einen Vortrag aus dem Gebiete der Touristik halten und zwar wird er sprechen über: „Die Wegmarkierungssysteme unserer deutschen Mittelgebirge“. Gen. Schütze wird seinen Vortrag an Hand geographischer Karten, Führer und Skizzen näher erläutern. Die Jugendgenossen und Genossinnen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. Aus Ermüdung können dem Vortrag beiwohnen. Das Lokal der Arbeiter-Jugend befindet sich im hiesigen Jugendheim, Eingang Lammstraße.

Die Einkommensteuer tritt mit dem 1. Juni in Kraft. Alles Nähere kann aus dem Angezeigten ersehen werden.

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe.

Geschäftsstelle: Luisenstraße 24. — Telefon 128.

In Angelegenheiten, welche die Gemeindevahl betreffen, wende man sich an die Geschäftsstelle.

Eine vorläufige Uebersicht der Bedingungen.

W.D. Amsterdam, 7. Mai. Der „Telegraaf“ meldet aus London vom 6. Mai: Die „Times“ wird morgen ungefähr 10 Spalten von einer Zusammenfassung der wichtigsten Friedensbedingungen, die den deutschen Delegierten vorgelegt werden sollen, veröffentlichen. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

Die deutschen Landstreitkräfte müssen binnen zwei Monaten nach Unterzeichnung des Vertrages auf nicht mehr als 70 000 Mann Infanterie und 30 000 Mann Kavallerie eingeschränkt sein. Die Gesamtzahl der Offiziere darf nicht mehr als 4000 Mann betragen. Es wird nur freiwilliger Militärdienst gestattet werden. Auch die deutschen Küstungen sollen auf das äußerste eingeschränkt werden. Alle Befestigungen 50 Meilen südlich des Rheins werden abgerüstet werden. Die deutschen Seeestreitkräfte dürfen zwei Monate nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages keine Unterboote mehr enthalten und werden dann noch aus sechs Schlagschiffen, sechs leichten Kreuzern, 12 Torpedokreuzern und 12 Torpedobooten bestehen. Alle anderen Kriegsschiffe müssen entweder in die Reserve verlegt oder als Handelschiffe umgebaut werden. Die Befestigungen dürfen nicht mehr als zusammen 15 000 Mann, darunter 1500 Offiziere und Dedoffiziere, stellen. Alle militärischen und maritimen Anlagen auf Helgoland müssen gesichert werden.

Der Räder Kanal muß den Handelschiffen aller Länder, die mit Deutschland im Frieden leben, auf der Basis vollständiger Gleichberechtigung offenstehen.

Es soll Deutschland gesichert werden, bis zum 1. Oktober eine Höchstzahl von 100 Wasserflugzeugen zum Aufblähen von Minen zu haben. Nach diesem Datum darf Deutschland keine Militär- oder Marineflugzeuge halten und innerhalb eines Abstands von 150 Kilometer von der deutschen Grenze auch keine Flugzeuge lagern. In diese Zone fallende Flugplätze müssen abgebrochen und der Boden nach unbrauchbar werden.

Die Alliierten befehlen den französischen Alliierten nicht eines Vorgehens gegen die Straßburger, sondern der ersten

Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge. Es wird ein besonderer Gerichtshof eingesetzt werden, um gegen ihn zu verfahren. Die Personen, die der Verletzung der Kriegsgesetze und Kriegsverbrechen schuldig werden, werden vor einen alliierten Gerichtshof gebracht werden.

Die zur vollständigen Befriedigung der Forderungen der Alliierten nach Deutschland 1 Milliarde Pfund St. (20 Mill. Mark Friedensvaluta. D. R.) bezahlen, ferner muß Deutschland für jeden Schaden der Zivilpersonen der Alliierten oder deren Eigentum zugefügt ist, Vergütung bezahlen.

Östlich-Vorderen muß an Frankreich zurückgegeben werden, das auch das Kohlenbecken im Saarland erhalten wird. Die Verwaltung des Saarbezirks wird von einer vom Völkerverbund ernannten, aus 5 Personen bestehenden Kommission ausgeübt. Nach 15 Jahren wird die Bevölkerung entscheiden, ob sie vom Völkerverbund, von Frankreich oder von Deutschland regiert zu werden wünscht. Wenn Deutschland gewählt wird, wird es die Kohlenbergwerke zu einem noch näher zu vereinbarenden Preise von Frankreich kaufen müssen.

Polen wird einen Durchgangsweg erhalten, der bis nach Danzig führt. Diese Stadt wird zu einer freien Stadt gemacht.

Von Deutschland soll gefordert werden, daß es zugunsten der 5 alliierten und assoziierten Mächte auf alle Rechte und Titel, die es bezüglich seiner überseeischen Besitzungen hat, verzichtet. Die meisten dieser Besitzungen werden kraft eines Mandats des Völkerverbundes von einer der großen Kolonialmächte verwaltet.

Deutschland verzichtet auf alle Rechte, die es aus der Aggression von 1912 und aus den deutsch-französischen Verträgen von 1900 und 1911 hat erbeutet.

15 deutsche Kessel werden den Regierungen der alliierten, und assoziierten Mächte zur Verfügung gestellt.

Die hier bekanntgegebenen Friedensbedingungen enthalten manches des Annehmlichen und manches des Unannehmlichen und man muß leider sagen, auf der letzten Seite mehr. Dem deutschen Militarismus wird gründlich der Garaus gemacht und das ist kein Maßstab. Der hier wankend unternehmene Anfang wird den Schutz des Weltmilitarismus zur inflexibel eintrübenden Folge haben.

Wilhelm II. soll — immer die Mäßigkeit der Timesmeldung vorausgesetzt — der Prozeß gemacht werden. Die Verantwortung ist in dem Falle ja klar. Der Schuldige am Weltkrieg wird damit zwar nicht getroffen, aber doch einer, der im tiefsten Sinne des Verantwortungsbegriffes ein Schuldiger war: schuldig mindestens in dem Sinne, daß er nicht die volle Autorität einer kaiserlichen Macht zur Verhütung des Krieges aufgebracht hat.

Zwanzig Milliarden sollen wir annehmen. Das hört sich zwar hübsch an, als die 125 Milliarden Anzahlung, von denen die Herrenmeister des über alles Informierens zu berichten wußten. Immerhin ist das noch unserem letzten Kurswert ca. 60 Milliarden Mark und wie wir dieses leisten sollen, da die Bezahlung in Notenwerten ausbleibt, ist ein unheimliches Rätsel. — Die Hauptprobleme soll zwar noch nachkommen.

Östlich-Vorderen müssen wir glatt an Frankreich herausgeben. Normal ist das zwar eine Durchbrechung der Selbstbestimmungsforderung im Willkürlichen Sinne, aber das darf noch hinzugehen, weil die dortige Bevölkerung mit großer Mehrheit bereits für Frankreich optiert hat. Die Aufgabe des Kohlenbeckens im Saarland und das Ausnutzungsrecht des Saarbezirktes in Form der Verwaltungshoheit über eine fünfjährige internationale Kommission ist dagegen ein tiefer Einschnitt in das Recht des deutschen Volkes. Er würde uns um einen guten Teil der Machtigkeit bringen, mit der wir seit an Mineralien unsere Importware zu bezahlen. Politisch bedeutet dieser Passus glatte Annexion, denn wobei wissen wir genau, daß die Wirkungen der Entente-diplomatie Mittelgenau finden werden, innerhalb fünfjähriger Jahren eine Bevölkerung heranzubilden, die für Frankreich stimmen wird.

Der Passus mit Polen ist nicht klar. Soll der Durchgangsweg bis nach Danzig glatt politisches Gebiet werden? Dann hätte der übliche Polenimperialismus alles bekommen, was er wollte und Deutschland wäre an einem Hauptneck eines wirtschaftlichen Teufels getroffen. Etwas anderes wäre es, wenn dieser Durchgangsweg nur eine Transportstraße aus Meer sein soll. Das wäre annehmbar.

Auch unsere Kolonien fallen der roubenden Entente zum Opfer. Damit soll das Siegel auf den Ruin unserer ökonomischen Wiedererstarbung gedrückt werden.

Alles in allem: Phantastisch sind die bisher gestellten Forderungen nicht, aber hart und nur zu hart, besonders da sie ja noch nicht alles beinhalten, was die Entente von uns will. Mäßigkeit lassen die Wortführer unserer Gegner doch noch mit sich reden. Indessen besteht leider die Wahrscheinlichkeit, daß unsere Delegierten nur soviel zu sagen haben werden, wie zwei sich berechnende Trappistenmönche: Memento mori (Gedenke an Sterben).

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe (Naturfreunde) Heute Donnerstag abend 8 Uhr im Lokal „Fotoschönung“.

Karlsruhe-Mühlberg (Männer u. gemischter Eder Turnerbund) Heute abend 1/8 Uhr pünktlich Vorstandssitzung im „Dragoner“. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen unbedingt nötig. 3960 Der Vorstand.

Durlach (Naturfreunde) Freitag, 9. Mai, abends 7 1/2 Uhr im Lokal zum „Goldenen Löwen“ (Saal) Mitgliederversammlung. Die Tour am Sonntag, 11. Mai, fällt aus, dafür beteiligt sich unsere Ortsgruppe an der 10-tägigen Gründungsfeier der Ortsgruppe Karlsruhe bei der Barackenallee bei Langensteinbach. Näheres in der Mitgliederversammlung. Am nächsten Sonntag abend 8 Uhr.

Gagfeld (Sozialdem. Verein) Nächsten Samstag abend 8 Uhr findet in der „Krone“ Parteiverammlung statt. Vollständiges Erscheinen wünschenswert. 3963 Der Vorstand.

Bruchsal (Touristenverein „Die Naturfreunde“) Freitag abend 8 Uhr Versammlung in der „Palz“.

Wettlingen (Sozialdem. Verein) Samstag, 10. Mai, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur „Ruhm“ Mitgliederversammlung. Wir laden sämtliche Mitglieder der Partei freundlich ein. Der Vorstand.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Neuesten Hermann Winter; für den Angezeigten Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

